

Biden, Berlin und die iranische Bombe

von Matthias Küntzel

Die Zeiten, in denen die Europäer nur mit dem Finger auf Donald Trump zu zeigen brauchten, um ihren Beschwichtigungskurs gegenüber Teheran zu legitimieren, sind vorbei. Was aber werden die neue amerikanische Regierung und deren europäische Verbündete unternehmen, um den iranischen Griff zur Bombe zu unterbinden?

Da ist zunächst der Atomdeal mit Iran. Seit Monaten hatten dessen Advokaten auf einen Wahlsieg Joe Bidens gesetzt. Er würde, so die Hoffnung, umgehend den Austritt Donald Trumps aus dem Abkommen rückgängig machen und die Sanktionen gegen Iran lockern; im Gegenzug würde Teheran seine Verstöße gegen das Abkommen revidieren. Alles wäre wieder gut.

Und jetzt? Auch heute hält Biden an seinem umstrittenen Versprechen, zum Atomdeal zurückzukehren, fest. Er besetzte die wichtigsten Posten des State Department mit Personen, die unter Barak Obama an der Aushandlung des Atomdeals führend beteiligt waren, darunter auch solche, die sich - wie der neue Iranbeauftragte Ron Malley – in der Vergangenheit als ausgesprochen nachgiebig gegenüber iranischen Forderungen erwiesen haben. Und er fordert keineswegs, dass das Regime als Gegenleistung für die Aufhebung amerikanischer Sanktionen seine Raketen- und Aggressionspolitik verändert. Sondern er erwartet von Teheran nur eine einzige Gegenleistung: Dass es vor Beendigung der von Trump veranlassten Sanktionen zur Einhaltung der Bestimmungen des Atomabkommen zurückkehrt.

Teheran sträubt sich

Doch hier bereits spielt das Regime nicht mit. Es will seine technologischen Ausbrüche aus dem Abkommen erst rückgängig machen, nachdem Joe Biden die von Trump verfüigten Sanktionen zurückgezogen hat. Demgegenüber hält Tony Blinken, der neue Außenminister, an Bidens Forderung fest: Zunächst müsse der Iran seine Rückkehr zu allen Regeln des Atomdeals nachprüfbar unter Beweis stellen, bevor an eine Aufhebung der Sanktionen – und damit mehr Geld für das Regime - zu denken sei.

Obwohl Washington über unendlich mehr Macht verfügt, glaubt Teheran, die USA mit einem Ultimatum erpressen zu können. Bis zum 21. Februar müssten die Sanktionen außer Kraft gesetzt sein, sonst werde sich das Fenster der Gelegenheit, was den Iran-Deal anbelangt, schließen, warnt Irans Außenminister Javad Zarif. Dann werde Teheran seinen Atomkurs erheblich forcieren.

Während schon die letzten Verstöße gegen den Atomdeal mit ziviler Atomenergie nichts zu tun hatten – die Hochanreicherung von Uran und die Produktion von Uranmetall, das für Atomsprengköpfe gebraucht wird – soll ab dem 21. Februar, so die Drohung, zusätzlich das Gros der IAEA-Inspektoren nach Hause geschickt und die Urananreicherung noch einmal erheblich beschleunigt werden. Damit wäre der Atomdeal endgültig vom Tisch. Von einer „tickenden Zeitbombe“ spricht Ali Vaez, der Iran-Experte der „International Crisis Group“.¹

Die Biden-Administration wird somit frühzeitig auf die Probe gestellt. Ginge sie vor Teheran in die Knie, würde sie fortan als handlungsunfähig gelten und müsste mit einem israelischen Angriff auf das iranische Atomwaffenprojekt rechnen. Beharrte sie auf dem von ihr geforderten Ablauf, könnte das Regime die Auseinandersetzung massiv eskalieren – oder aber klein begeben, was angesichts seiner realen Schwäche wahrscheinlicher ist. Der Ausgang dieser Kraftprobe ist gleichwohl offen: Während sich der Iran den Beistand Moskaus für seine Forderung an Washington gesichert hat, stimmten die Außenminister Frankreichs und Großbritanniens in Telefonaten, die sie mit ihrem Kollegen in Washington führten, der amerikanischen Prioritätensetzung zu. „Frankreich und die USA sind sich einig, was getan werden muss“, so ein Beamter aus der Umgebung Macrons.² Und Deutschland?

Das Irandepot der Bundesbank

In den letzten 25 Jahren nahm die Bundesrepublik beim iranisch-amerikanischen Atomkonflikt eine Mittler-Rolle ein oder präferierte - mal offen, mal verdeckt - den Standpunkt Irans. Ein aktuelles Beispiel verdeckter Hilfeleistung enthüllte Anfang Dezember 2020 John O'Donnell, der Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters.³ Er weist in seinem Artikel nach, dass die Deutsche Bundesbank als Schaltstelle für die Finanzierung von Geschäften mit dem Iran agiert, was ihm ein Sprecher der Bundesbank bestätigte. So stellt sie fünf iranischen Banken ihre Dienste zur Verfügung. Zwei dieser Banken sind von den USA sanktioniert, darunter die vom Regime betriebene Melli-Bank.

Anfang 2020 hatten diese Banken Einlagen in Höhe von 3,8 Milliarden Euro deponiert, um deutschen Firmen beim Iran-Business zu helfen. Unterlagen der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ belegen, dass davon im Oktober 2020 noch 3 Milliarden Euro zur Verfügung standen.

Damit wurde Trumps Strategie des „maximalen Drucks“ wirksam unterlaufen. Im Oktober 2020 war das Regime besonders geschwächt, hatte Trump doch in diesem Monat 18 iranische Banken sanktioniert. Teherans Verbindungen zum globalen Finanzsystem waren fast vollständig gekappt. In dieser Situation war das Iran-Depot der Bundesbank für das Regime wie ein Rettungsring.

¹ Kim Hjelmggaard and Deirdre Shesgreen, Exclusive: Iran diplomat says ‚window is closing‘ for Biden to rejoin nuclear deal, in: USA Today, 28. Januar 2021.

² Al-Monitor Staff, France says Iran must return to nuclear deal compliance before US does, Al-Monitor, 26. Januar 2021.

³ John O'Donnell and Jonathan Saul, Exclusive: European allies pushed back when Trump sanctioned Iran's banks, Reuters, December 1, 2020.

Hätte eine deutsche Privatbank dieses Depot zugelassen, hätten die USA deren Zugang zum US-Markt blockieren und zusätzlich hohe Geldstrafen verhängen können. Da aber die Bundesbank den Status einer Bundesbehörde genießt, hat sie wenig zu befürchten. Bereits 2011 hatte die Bundesregierung unter Angela Merkel die Bundesbank dazu verwendet, Barak Obamas Sanktionsbeschlüsse zu umgehen und Milliardenbeträge aus Indien nach Teheran zu transferieren.⁴

Joe Biden, der damalige Vizepräsident, wird sich an diese Rolle Deutschlands erinnern. So fiel in seine Amtszeit auch das Telefonat, das die Bundeskanzlerin mit Barack Obama über die in Hamburg ansässige „Europäisch-Iranische Handelsbank“ führte, die das damalige internationale Sanktionsregime untergrub. „Mir wurde gesagt“, berichtete am 2. August 2010 der renommierte Journalist John Vinocur in der *New York Times*, „dass Deutschlands Hemmung, gegen eine Bank in Hamburg scharf vorzugehen, die verdächtigt wird, europäische Geschäfte mit Iran zu erleichtern, kürzlich zu einem – jedoch vergeblichen – Telefonat zwischen Mr. Obama und Kanzlerin Angela Merkel führte.“⁵

O'Donnells Enthüllung wurde von den deutschsprachigen Medien vollständig ignoriert. Er zitiert eine Spezialistin für Finanzverbrechen mit der Aussage, dass Deutschland mit seiner Bereitschaft, Konten für den Iran einzurichten, im internationalen Vergleich hervorstechte. Und er zitiert einen europäischen Diplomaten mit den Worten, dass Deutschland führend bei der Anstrengung sei, das Atomabkommen mit Iran, das den Handel befördert, zu retten.

Vielleicht ist dies der Grund, warum der deutsche Außenminister Ende 2020 die USA ermahnte, gegenüber Teheran in Vorleistung zu gehen: „Entscheidend wird sein, ob die USA die Wirtschaftssanktionen gegen Iran lockern. Beide Seiten müssen aufeinander zukommen. Die Zeit eilt, weil in Iran im nächsten Jahr Präsidentschaftswahlen anstehen.“⁶

Es ist offenkundig, dass diese Position mit Bidens Forderung, dass zunächst Teheran zu liefern habe, kollidiert. Hängt es mit dieser Differenz zusammen, dass die Bundesregierung über den Gegenstand der Telefonate, die sie in den letzten Tagen mit Joe Biden und dessen Außenminister Tony Blinken führte, schweigt?

Das Scheitern der EU

Welche Linie verfolgt bei dieser Frage die EU? Als die EU-Außenminister am 25. Januar 2021 zusammenkamen, stand der Iran-Deal prominent auf der Tagesordnung. Die jüngsten Anreicherungspläne Irans könnten „die diplomatischen Bemühungen ... untergraben, eine

⁴ Siehe meinen am 15. Mai 2011 veröffentlichten Aufsatz „Indien, Iran und die Bundesbank“ in: M. Küntzel, Deutschland, Iran und die Bombe, Berlin 2012, S. 143-152 oder auf [Matthias Küntzel: Berlin lässt iranische Bank in Hamburg fallen \(matthiaskuentzel.de\)](https://www.matthiaskuentzel.de/).

⁵ John Vinocur, Loopholes Let Iran Off the Hook, in: New York Times, 2. August 2010; siehe zu diesem Vorgang meinen Aufsatz „EIH-Bank Hamburg: ‚Lebensader des Regimes‘ in: WELT, 29. September 2010 sowie auf: [Matthias Küntzel: Berlin muss die deutsch-iranischen Bank in Hamburg schließen \(matthiaskuentzel.de\)](https://www.matthiaskuentzel.de/).

⁶ „Es muss ein Signal an Iran geben“, Interview mit Außenminister Heiko Maas, in: Spiegel Nr. 50/5.12.2020, S. 32.

Rückkehr der Vereinigten Staaten [zum Atomabkommen] zu ermöglichen“, hieß es in der vom EU-Außenbeauftragten Josep Borrell unterzeichneten Einladung zu diesem Treffen.⁷ Bei der anschließenden Pressekonferenz wurde dieses Thema jedoch nicht einmal erwähnt. Weil man sich in diesem Punkt nicht einig war? Während das Kollektiv der E 3 in den ersten Wochen des neuen Jahres drei gemeinsame Erklärungen veröffentlichte, hat es seit dem Amtsantritt Joe Bidens keine gemeinsamen Stellungnahmen mehr gegeben. Weil gegenüber Bidens Iran-Politik die Differenzen überwiegen?

Als Trump im Mai 2018 den Atomdeal verließ und dem Regime erneut Sanktionen auferlegte, um eine Kursänderung zu erzwingen, stellten sich Großbritannien, Frankreich und Deutschland – die sogenannten E 3, die den Atomdeal mit ausgehandelt hatten – nicht nur auf die Seite Teherans, sondern sie initiierten Finanzierungstricks, um die Sanktionen zu unterlaufen und den Atomdeal zu retten.

Gleichwohl begann Teheran im Mai 2019 die Bestimmungen des Atomabkommen gezielt zu verletzen. Jetzt aber verzichteten die Europäer auf Maßnahmen, sondern beließen es bei ermahnenden Worten. Ein Rückblick auf den „Erfolg“ dieser Strategie während der letzten sechs Wochen ist aufschlussreich:

2. Dezember 2020: Irans Pseudo-Parlament fasst den Beschluss, die 20-Prozent-Anreicherung von Uran vorzubereiten, was dem Atomabkommen eklatant widerspricht.

7. Dezember: Deutschland, Frankreich und Großbritannien bezeichnen dies als „zutiefst besorgniserregend. ... Wenn es Iran ernst damit meint, Raum für Diplomatie zu erhalten, dann darf es diese Maßnahmen nicht umsetzen.“⁸

21. Dezember: Das Regime hat diese Maßnahme umgesetzt. Die Außenminister der am Atom-Deal beteiligten Staaten – die E 3, Russland, VR China und Iran - kommen unter der Leitung des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung wird darauf verzichtet, die provokanten Maßnahmen Irans auch nur zu erwähnen, wohingegen die Minister ihr „tiefes Bedauern“ über den Rückzug der USA aus dem Atomdeal zum Ausdruck bringen.⁹ Zusätzliche Forderungen an die Adresse des Regimes – Stopp des Raketenprogramms, Beendigung der regionalen Expansion – bleiben unerwähnt. Alle Anwesenden, heißt es über diese Konferenz, seien sich darüber einig gewesen, dass man die USA davon überzeugen müssen, „zum Atomabkommen, so wie es ist, zurückzukehren, ohne Vorbedingungen und ohne Hinweis auf ergänzende Forderungen.“¹⁰

22. Dezember: Die staatlichen iranischen Medien jubeln. Sie sprechen von einer „Bändigung“ der europäischen Außenminister und feiern besonders die „Ablehnung der nicht-nuklearen

⁷ Iran-Abkommen an ‚kritischem Punkt‘, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Januar 2021.

⁸ [E3 statement on the JCPOA: Response to Iranian plans to expand its nuclear programme and restrict access of IAEA monitoring - Federal Foreign Office \(auswaertiges-amt.de\)](#)

⁹ [Joint Ministerial Statement on the Joint Comprehensive Plan of Action - Federal Foreign Office \(auswaertiges-amt.de\)](#)

¹⁰ [Europe, Biden aligning on saving Iran deal before expanding on it - Diplomatic, by Laura Rozen \(substack.com\)](#), Dec. 21, 2020.

Vorbedingungen“ durch die E 3 als einen Sieg, den man dank der „würdigen Position Irans“ und seiner Politiker habe erringen können.¹¹

2. Januar 2021: Die Nachgiebigkeit der E 3 macht dem Regime weiter Mut. Ali Akbar Salehi, der Vorsitzende der iranischen Atomenergie-Organisation, verkündet, dass man inzwischen mit der Produktion von 20 Prozent-Uran begonnen habe. Die martialische Art seiner Ankündigung unterstreicht den Zweck dieser Maßnahme: „Wir sind wie Soldaten“, erklärt Salehi im Staatsfernsehen. „Unsere Finger sind am Abzug. Der Oberbefehlshaber soll befehlen und wir werden schießen. Wir sind dazu bereit und werden [das höher angereicherte Uran] schnellstmöglich produzieren.“¹²

6. Januar: Erneut fordern die E 3 „nachdrücklich“, den Vertragsbruch zu beenden.¹³

11. Januar: Die EU schließt sich dem Protest der E 3 an. Sie konzentrierte ihre Erklärung jedoch auf ein von Teheran geteiltes Ziel: Die Rückkehr zum Atomdeal, obwohl dieser die iranische Atomwaffenfähigkeit bestenfalls verzögern, keineswegs jedoch verhindern kann.

13. Januar: Die schwache europäische Reaktion ermutigt das Regime zu seinem bislang kühnsten Schritt: Es verkündet, ab sofort mit der Vorbereitungen auf die Produktion von Uranmetall zu beginnen, einem Stoff, der hauptsächlich für Atomwaffen benötigt wird und bereits beim iranischen Atomwaffenprojekt vor 20 Jahren eine Schlüsselrolle spielte.¹⁴

16. Januar: Während in Israel unmittelbar nach dieser Ankündigung die Diskussion über präventive Militärschläge aufflammt, beschränken die E 3 ihre Antwort erneut auf verbalen Protest: Man sei „äußerst besorgt“ und fordere den Iran „nachdrücklich“ auf, derartige Aktivitäten zu beenden. Am Folgetag stellt Jean Yves Le Drian, Frankreichs Außenminister, zutreffend fest: „Iran ist dabei, atomwaffenfähig zu werden.“¹⁵

Warum kein Snap-Back?

Wir sehen: Die Zurückhaltung, die sich die E 3 während dieser sechs Wochen auferlegte, hat die iranische Politik nicht zu einer Mäßigung veranlasst, sondern zur Beschleunigung ihrer Vorarbeiten für die Bombe ermutigt.

Natürlich hätten die E 3 auch anders reagieren können. Bereits vor gut einem Jahr, am 13. Januar 2020, löste dieses Trio aufgrund der fortgesetzten iranischen Verstöße den im Atom-Deal vorgesehenen „Streitbeilegungsmechanismus“ aus.

Dieser verschafft jedem Teilnehmerstaat die Möglichkeit, mit einem *Snap-Back* zu drohen, sollte Teheran nicht innerhalb weniger Wochen seine Verstöße gegen das Atomabkommen revidieren. *Snap-Back* bedeutet, dass alle Sanktionen, die die Vereinten Nationen gegen den

¹¹ Mideast Mirror, 22. Dezember 2020.

¹² Robin Wright, Biden Faces a Minefield in New Diplomacy with Iran, in: The New Yorker, 4. Januar 2021.

¹³ [E3 foreign ministers' statement on JCPoA: 6 January 2021 - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/e3-foreign-ministers-statement-on-jcpoa-6-january-2021)

¹⁴ Siehe auf: [Matthias Küntzel: Iran: Fünf Atombomben für 100 Millionen Dollar \(matthiaskuentzel.de\)](https://matthiaskuentzel.de)

¹⁵ TOI Staff, France: Iran is acquiring a nuclear weapons capacity, in: Times of Israel, 17. Januar 2021.

Iran verhängt haben, erneut gültig sind.¹⁶ Es ist ein Druckmittel, das Teheran auch heute noch fürchtet. Warum schrecken die E 3 vor der Androhung seiner Anwendung zurück, um das Regime zu Verhaltensänderungen zu zwingen?

Bidens Illusion

Doch wirft auch Bidens Taktik Fragen auf. Sein Stufenkonzept sieht zuerst die Rückkehr zum Atomdeal einschließlich der Aufhebung der Sanktionen vor. In einem zweiten Schritt soll über alle weiteren Probleme wie zum Beispiel einer Verlängerung der Atomdeal-Verpflichtungen oder der Beendigung des iranischen Raketenprogramms verhandelt werden. Doch wie soll das gehen, wenn die neue Administration bereits zugunsten der Wiedereinsetzung eines überholten und fehlerhaften Atomdeals ihr Sanktionspulver verschießt? Glaubt Washington, man brauche hauptsächlich gute Argumente, um das Regime vom Griff zur Bombe abzubringen?

Die Mullahs wollen die vollständige Atomwaffenfähigkeit. Ihr wichtigster Hebel, hier voranzukommen, ist die Angst vor der iranischen Bombe und die Angst vor einem Austritt Irans aus dem Atomabkommen oder dem Atomwaffensperrvertrag. Wie wirksam dieser Hebel sein kann, hatte sich während der Atomverhandlungen erwiesen, als Barak Obama eine amerikanische Position nach der anderen räumte, um Teheran bloß weiter im Spiel zu halten.

Über welche Druckmittel aber verfügt Joel Biden? Da ist an erster Stelle die gewaltige militärische Überlegenheit der USA. Will Biden aber Kriegseinsätze vermeiden, steht ihm nur ein einziger weiterer Hebel zur Verfügung: die von Trump veranlassten Sanktionen. Die Aussicht auf deren Aufhebung ist derzeit der einzig verbliebene Anreiz, der Teheran zu einer Politikänderung veranlassen könnte. Mit dem vorzeitigen Ende der Sanktionen gäbe Joe Biden dieses letzte Druckmittel aus der Hand. Er verlöre das einzige Instrument, das die Chance böte, den Atomdeal durch Änderungen wirksam zu machen, ganz zu schweigen von den zusätzlichen Forderungen der Staatengemeinschaft an die Adresse Teherans, die sich auf sein Raketenprogramm, den Terror gegen die eigene Bevölkerung und seine destruktive Rolle in der Region beziehen.

Deutschland sollte „auch einen Militärschlag der USA und/oder Israels gegen Iran unterstützen“

In Deutschland äußerte sich besonders Guido Steinberg besorgt. Der renommierte Nahost-Experte ist Mitarbeiter des hierzulande wichtigsten außenpolitischen Thinktanks, der Stiftung Wissenschaft und Politik. „Eine Rückkehr zum Atomabkommen mit Iran in seiner früheren Form ist unwahrscheinlich“, lautet seine Prognose, die er Anfang dieses Jahres in einem Arbeitspapier der Bundesakademie für Sicherheitspolitik veröffentlichte. Vielmehr habe „der Konflikt das Potential, sich weiter zu verschärfen.“

¹⁶ Zum Snap-Back, siehe: [Matthias Küntzel: Neue Eskalationsstufe im Atomstreit mit Iran \(matthiaskuentzel.de\)](https://www.matthiaskuentzel.de)

Ursache sei „in erster Linie die iranische Expansion im Nahen Osten“. Die Islamische Republik ziele „als schiitisch-islamistische und revolutionär-antiimperialistische Macht ... auf eine Revision der regionalen Machtverhältnisse.“ Steinberg hält es auch aufgrund des Machtkampfs zwischen Iran und Saudi-Arabien für unwahrscheinlich, dass Teheran den „Wunsch nach einer eigenen Bombe“ aufgibt und den USA gegenüber substantielle Zugeständnisse macht. Auch Deutschland müsse sich deshalb „auf Krisenszenarien vorbereiten.“

Steinberg zieht aus dieser zutreffenden Analyse einen bemerkenswerten Schluss. Es sei nötig, schreibt er in seinem Papier, „die bisherige deutsche Interessendefinition zu überdenken“ und „im Extremfall“ auch die Unterstützung von Militärschlägen in Betracht zu ziehen:

„Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler haben in den letzten Jahren häufig argumentiert, dass es in erster Linie gelte, eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Iran und seinen Gegnern zu verhindern. Das noch wichtigere Interesse der Bundesrepublik sollte aber sein, eine nukleare Bewaffnung von Regionalstaaten zu verhindern. Notwendige Konsequenz dieser Interessendefinition könnte es im Extremfall sein, auch einen Militärschlag der USA und/oder Israels gegen Iran zu unterstützen, falls dieser notwendig werden sollte, um eine nukleare Bewaffnung des Landes zu verhindern.“¹⁷

Steinberg trifft hier eine wichtige Unterscheidung. Er sieht auf der einen Seite deutsche Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler, die eher einen atomwaffenfähigen Iran als „kriegerische Auseinandersetzungen“ in Kauf nehmen wollen. Damit hat er die Prioritätensetzung, die der bisherigen deutschen Iranpolitik zugrunde liegt, zutreffend charakterisiert.

Steinberg sieht auf der anderen Seite jene, die die iranische Bombe auf jeden Fall zu verhindern suchen und für diesen Zweck auch Militärschläge für angemessen halten. Zur letztgenannten Gruppe gehören parteiübergreifend die Israelis mitsamt ihren neuen arabischen Verbündeten. Deutschland sollte ebenfalls dazu gehören, fordert Steinberg: „Eine deutlichere Formulierung dieses Interesses könnte auch dazu dienen, den Druck auf den Iran zu erhöhen“. Gewiss. Doch davon, dass letztlich auch Militärschläge nötig werden könnten, will niemand in Berlin etwas wissen.

Dieser Text wurde in zwei Teilen am 2. und 3. Februar 2021 auf mena-watch.com veröffentlicht.

¹⁷ Guido Steinberg, Kalter Krieg im Nahen Osten: Der iranisch-saudische Konflikt dominiert die Region, Arbeitspapier 1/2021 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin.